

Was Kiesingers Beteuerungen für die Welt wert sind

Von westdeutscher Seite wird behauptet und systematisch in die Welt hinausposaunt, mit Kiesinger sei ein Mann westdeutscher Regierungschef geworden, der eine „echte Wende“ in der Politik, besonders in der „Ostpolitik“, vollziehe. Als Beweis dafür wird seine Regierungserklärung im Feld geführt. Dort kann man denn auch wirkungsvolle Worte lesen: „Dass die Friede bewahrt werde, ist die Hoffnung aller Völker, und das deutsche Volk wünscht dies nicht weniger als die anderen. Darum ist der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker das erste Wert und das Grundanliegen der Außenpolitik dieser Regierung.“

Scheinheilige Beteuerungen

Vergleicht man jedoch diese und andere scheinheilige Beteuerungen über friedliche und gute Zusammenarbeit mit anderen Staaten mit der bündnisdeutschen Wirklichkeit, so zeigt sich die Illusionäre Demagogie und verrät ihren Meister aus der Schule der Bibensprengel und Giesels. Hatte Hitler am 31. Mai 1933, als die Vorbereitungen des deutschen Imperialismus auf den zweiten Weltkrieg bereits in vollem Gange waren, vor dem Reichstag nicht föhndig doppelstimmig erklärt: „Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen. Es will ihn weiter aus der einfachen, primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg gesteuert sein würde, das Wesen unserer gemeinsamen europäischen Not zu beheben... Das Deutsche Reich und insbesondere die heutige deutsche Regierung haben keinen anderen Wunsch, als mit allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich zu verfahren.“

Betrachten wir unter diesem Aspekt vor allem das, was Kiesinger in seiner Regierungserklärung zur „nationalen Politik“ zu sagen hat, so schaut erst recht der Pferdefuß hervor. Da wird freilich vom „unabhängigen Rechtsstandpunkt in der Deutschlandpolitik“ und vom „Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung“ gesprochen. Da muß man sich an „für das ganze deutsche Volk“ sprechen“ wie Hahn klug dazu und die Versöhnung: „Wir wollen streckenweit nicht verhandeln, Gräben überwinden und nicht verstehen, daß es wolle, wir die menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit unseren Landesteilen im anderen Teil Deutschlands mit allen Kräften fördern.“ Aber es ist klar genug: Mit der Alleinvertretungserklärung sprechen die Bonner Machthaber und ihre SP-Minister ein potenzielles Krisenrisiko gegen uns aus und schlagen uns gleichzeitig den „kleinen Grenzverkehr“ vor.

Im Hintergrund: Aggression

Der Bonner Alleinvertretungsanspruch ist nicht allein eine deutsche Angelegenheit; denn hier wird am Status quo in Europa gerüttelt, hier sollen die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges im Interesse des aggressiven westdeutschen Imperialismus horrigiert werden. Diese Hintergründe ginsten die informatorische Zeitschrift der Westberliner CDU „Berliner Politik“, indem sie die Nichtanerkennung der DDR durch Bonn mit den Worten motivierte: „Durch die Anerkennung der SBZ (gemeint ist die DDR) wird eine gesamtdeutsche Politik unmöglich, weil die Zimmerei in der inneren Angelegenheiten eines selbständigen Staates (laut Charta der Vereinten Nationen) verboten ist.“

Abgesehen davon, daß es einfach lächerlich ist, die Souveränität der DDR von der Anerkennung durch die Bonner Regierung abhängig machen zu wollen – die DDR ist ein souveräner Staat und ob Bonn will oder nicht, jede aggressive Handlung, so auch der Alleinvertretungsanspruch, ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht –, was hier unter „gesamtdeut-

scher Politik“ verstanden wird, spricht für sich und gegen die offensichtliche Friedens- und Verständigungsbühler der westdeutschen Regierungserklärung.

Das tündige Neue in der gegenwärtigen westdeutschen Regierungspolitik sind taktische Varianten zur Durchsetzung der allbekannten Beweise- und Vorherrschtspläne. Diese taktischen Varianten sehen nach dem Scheitern der bisherigen Konzeptionen des Frontalangriffes so aus, daß durch eine differenzierte Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern Verwirrung gestiftet, die DDR vom sozialistischen Lager isoliert und diese dann sozusagen von außen her in Bonns „Umarmung“ erstückt werden soll.

Sicherheit Europas gefährdet

Für diese „Umarmung“ werden die bekannten Konzepte vom vordefinierten Krieg bis zum „Grauen Plan“ bewahrt. Mit ihrer Alleinvertretungsansprüche schließen die herrschenden Kräfte Westdeutschland ein bewaffneten Konflikt nach dem Muster inkulter Kriege der USA-Politik ein. In einer Rede in Katowice wies Genosse Wladislaw Gomułka, 1. Sekretär der WPAP, überzeugend nach: „... in Europa jedoch ist angesichts der herrschenden Bedingungen ein iltlich begrenzter Krieg nicht denkbar; denn er würde der Funks sein, der den Weltkriegsbrand entzündet.“

In ganz Europa erkennen immer mehr Menschen die Gefahr, die von einem Alleinvertretungsanspruch Bonns ausgeht. In seiner Rede vor dem Berliner Parteitag sagte Walter Ulbricht: „Die Alleinvertretungsansprüche sind identisch mit dem Hegemonstreben, dem Vorherrschaftstreben des westdeutschen Militarismus und Neofaschismus über ganz Europa.“ Der erste Schritt zur europäischen Sicherheit ist deshalb die Aufgabe dieses Alleinvertretungsanspruchs, die Anerkennung der DDR und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung.

Großes Licht auf die Glaubwürdigkeit der neuesten Bonner Friedensbeteuerungen wirft auch das heftige Scheitern gegen einen Atomwaffenparitetsvertrag, der kommt die Einigkeit der Koalition von Strauß bis Brandt zum Ausdruck, und sie übertriefen sich gegenseitig bei der Suche von Argumenten, um recht bald in den vollen Besitz atomarer Verfügungsgewalt zu kommen, ohne vollständig das Gesicht zu verlieren. So macht Strauß die Souveränität eines Staates vom Kernwaffenbesitz abhängig. Gatten der Arbeitsleitung im Kiesinger-Kabinett sucht das atomare Mitglied eines Ausschusses gegen den Atomkrieg, Willi Brandt, nach Möglichkeiten, den atomaren Machtungen der Monopole zu rillen. Sein Argument gegen den Sperrvertrag: Dadurch wachse der technische Abstand der nichtkernfähigen Länder zu den Atomwächtigen. Diese Probleme müßten erst gelöst werden, „denn davon hängt für unsere Zukunft als Industriestaat alles ab.“ Der Präsident des BDI (Bundesarbeitsgemeinschaft der westdeutschen Unternehmerverbände), Fritz Berg, fällt in den Chor der Atomapostler ein: „Uns Deutschen droht der Ausschluß aus der gesamten Porschung. Wir werden auf das Niveau eines Agrarstaates, eines Entwicklungslandes zurückgeworfen.“

Auch hier handelt es sich aber um eine vorsätzliche Täuschung; denn der Atomwaffenparitetsvertrag schließt natürlich die friedliche Nutzung der Kernenergie keineswegs aus. Es genügt übrigens ein Blick auf die DDR, um festzustellen zu können, daß Atomforschung durchaus auch ohne Bombe möglich ist.

Bonns Politik ohne Zukunft

Wie sind nun die realen Chancen für ein vernünftiges Zusammenleben

beider deutscher Staaten, für den Frieden in Europa? Der einzige Weg, der den Interessen der Bevölkerung beider deutscher Staaten und der Völker Europas entspricht, ist, wie Walter Ulbricht vor dem Berliner Parteitag ausführte, der Weg der Überwindung des Militarismus und der Macht der Monopole in Westdeutschland.

Wir müssen der Bevölkerung der westdeutschen Bundesrepublik helfen, alle Illusionen über die gegenwärtige Regierungspolitik Bonns zu überwinden und den Weg zu demokratischen Veränderungen zu finden. Diesem Ziel dienen unser Kampf um die europäische Sicherheit, unsere Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, vor allem aber die allseitige Stärkung unserer souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik.

Sechs Faktoren nennt Walter Ulbricht, deren Wirkung die Bonner Revandpolitik zum Scheitern verurteilt:

1. Die Existenz der DDR, die durch ihre historische Leistung beweist, daß die Zukunft dem Sozialismus gehört.
2. Das feste freundschaftliche Bündnis zwischen der DDR und der Sowjetunion.
3. Die Warschauer Vertragsstaaten verfolgen konsequent die Politik des Antimperialismus, kämpfen gegen den westdeutschen Revandstreben gegen die Alleinvertretungsansprüche und für europäische Sicherheit, und unterstützen

damit jeden Versuch, die DDR zu isolieren, zum Scheitern.

4. Die inneren Widersprüche Westdeutschlands sind auf der Grundlage des Staatmonopolkapitalismus nicht lösbar, der Klassenkampf wird sich verschärfen.
5. Die demokratischen Kräfte in Westdeutschland werden wachsen und Klarheit finden.
6. Die Bewegung für europäische Sicherheit wächst in allen europäischen Staaten.

Diese Faktoren sind die Ursache dafür, daß die Politik des westdeutschen Imperialismus keine Zukunft hat. Aber es wird noch ein langer Kampf sein, bis die westdeutsche Arbeiterklasse, die westlichen Bauern und die Intelligenz auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und durch das Beispiel der DDR davon überzeugt werden, daß in der westdeutschen Bundesrepublik wirklich eine neue Politik notwendig und möglich ist.

Unsere Erfahrungen in der Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus lehren, daß es sich als notwendig erweist, die ganze Gefährlichkeit der sogenannten „Ostpolitik“ der Kiesinger-Strauß-Regierung vor aller Welt aufzudecken und allen, wie auch gearteten, Machtwort der Bonner Revandisten, die Halstein-Doktrin in neuen Varianten gegen die DDR auszuspielen, gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften in Europa mit aller Konsequenz wirksam entgegenzutreten.

Dipl.-Lehrer Inge Ulbricht, Institut für Marxismus-Leninismus



Revandstempel Seeborn, Altmann Kiesinger und Kriegelmeier Strauß, das Mitglied des Bundesrates, sein Regierungschef und der gegenwärtige Finanzminister: Drei Seelen und der gleiche Gedanke! „Die Forderungen nach Revision der bestehenden Grenzen in Europa, nach Zugang zu Kernwaffen, das Streben nach Verschärfung der internationalen Spannung in Europa, die Ausarbeitung militärstrategischer Konzeptionen, die feindselige Haltung gegenüber der DDR, die Kultivierung des Hasses gegen andere Völker, deren Gebietsforderungen gestellt werden, das alles schafft eine Atmosphäre, die nicht besser für die nationalsozialistische und rassistische Tätigkeit profaschistischer Elemente geeignet sein kann.“ So charakterisiert die Erklärung der Regierung der UdSSR vom 29. Januar 1967 die Politik der Kiesinger-Strauß-Regierung, eine Politik, die den Weltfrieden bedroht.

Die FDJ-Studentenbrigade „Schwedt 66“ ruft die FDJ-Mitglieder an allen Universitäten, Hoch- und Fachschulen

Liebe Genossen und Freunde!

Wir, die Angehörigen der FDJ-Studentenbrigade „Schwedt 66“, gehören zu denen, die im vergangenen Jahr dem Aufruf des Zentralkomitees der FDJ folgten, zu einer FDJ-Studentenbrigade vereint, in einem Schwerpunkt unseres sozialistischen Aufbaus zu arbeiten. Unsere mehrwöchige Arbeit in der Brigade „Schwedt 66“ war für uns eine Ertüchtigung, die, obwohl sie mit dem Verzicht auf manche Annehmlichkeiten, wie dem Urlaub, verbunden war, uns zu einem echten Erlebnis wurde.

Der tägliche persönliche Einsatz eines jeden Brigademitgliedes, die Aufgabenerfüllung der Brigade zu erfüllen, schwebte uns zu einer wahren sozialistischen Gemeinschaft zusammen. Wir haben für 300 Wohnzimmern Heilungskanäle angelegt und einen Wert von 200 000 MDN erarbeitet, führten mit der Bevölkerung der Stadt ein Vietnam-Meeting durch und übergeben einem Vertreter der vietnamesischen Botschaft das Ergebnis einer Solidaritätsaktion: 2500 MDN und 3000 Unterschriften gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam. Anlässlich des 17. Jahrestages der Gründung der DDR gestalteten wir gemeinsam mit der Jugend Schwedts einen Fackelzug und halfen eine arbeitsfähige FDJ-Studienbrigade aufzubauen. Stets sind wir – ob auf der Baustelle oder im Gespräch mit der Bevölkerung – als Mitglieder der Freien Deutschen Jugend aufgetreten.

Wir haben die DDR ökonomisch gestärkt und unsere politischen Überzeugungen vertreten. Beides hat uns die Achtung und Anerkennung der Bevölkerung eingebracht. Wir selbst haben viel gelernt. Jeder hatte seine Aufgabe, an der er sich bewähren konnte. Wir konnten unser im marxistisch-leninistischen Grundstudium erworbenem Wissen sinnvoll anwenden. Wir lernten argumentieren, wir lernten leiten. Jeder von uns begann das neue Studienjahr mit wertvollen Erfahrungen und neuem Wissen. Ernst Fiedler, Klaus Jurek, Klaus Rehgünz und Werner Smendek wurden in die

FDJ-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität gewählt. Werner Smendek stellte den Antrag, Kandidat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu werden.

Wir sind der Meinung, daß wir durch unseren Einsatz dem Bild des Absolventen einer sozialistischen Hochschule, wie es Walter Ulbricht in seiner Rede aus Anlaß des 20. Jahrestages der Wiederrichtung der Technischen Universität Dresden entworfen hat, einen Schritt nähergekommen sind.

Wir sagen: „Schwedt 66“ kann kein Einzelbeispiel bleiben!

Wir sind dafür, diese Art der Brigaderbeit in diesem Jahre – wie in den folgenden – fortzuführen und an der Seite der Arbeiterklasse die guten Traditionen der FDJ-Studenten von „Max Braucht Wasser“ bis „Schwedt 66“ und „Ulan-Bator 68“ zu vertiefen und so zeigen, wozu FDJ-Studenten in der Lage sind.

Wir rufen alle FDJ-Mitglieder an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR auf, nach dem Muster der FDJ-Studentenbrigade „Schwedt 66“ in allen Bezirken FDJ-Studentenbrigaden zu bilden, die 1967 vier Wochen an wichtigen Schwerpunkten in der Bauindustrie tätig sind, in eigener Verantwortung ein ihnen übertragenes Objekt fertigstellen.

Mit dem erarbeiteten übermenschlichen Nutzen, mit unserem politischen Wirken tragen wir mit unserer selbstigen Stärkung unserer sozialistischen DDR bei. Wir werden gemeinsam mit der Bevölkerung die Durchsetzung der Ideen des VII. Parteitages führen und dem 30. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vorbereiten.

Dieser Aufruf ist gleichzeitig unser Beitrag zum Wettbewerb, den die Initiative des Kreis Ausschusses Turgo der Nationalen Front ausgelöst hat.

Die an der Karl-Marx-Universität studierenden Mitglieder der FDJ-Studentenbrigade „Schwedt 66“

Staatsbürgerschaftsgesetz – Ausdruck der Souveränität unserer sozialistischen DDR

Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR, angenommen von der Volkskammer am 20. Februar 1967, hat bei den Angehörigen unserer Hochschule allgemeine Befriedigung ausgelöst und volle Zustimmung gefunden. Sie erblicken darin erneut den Ausdruck der unumschließlichen Tatsache, daß die sozialistische DDR ein Staat mit uneingeschränkter Souveränität ist, der die Interessen sei-

ner Bürger jederzeit und in vollem Umfang vertritt und schützt. Der gefährlichen Praxis der unzulässigen Alleinvertretungsansprüche Bonns wurde mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR entschieden ein weiteres unüberwindliches Hindernis entgegengeworfen. Nachstehend die Meinung von Wissenschaftlern unserer TH dazu:

Prof. Dr. rer. nat. Patschel, Direktor des Instituts für Regelungstechnik:

Ich begrüße das Gesetz über die Staatsbürgerschaft und sehe in seiner Annahme durch die Volkskammer einen wesentlichen, bedeutungsvollen Schritt in der Geschichte der DDR. Mit der Geltung der DDR existiert zum ersten Mal auf deutschem Boden ein Staat, dessen Geschichte durch das Volk selbst bestimmt wird. Es war an der Zeit, die Beziehungen der Bürger der DDR zu ihrem Staat durch ein Gesetzwerk zu fixieren, das um so mehr, als die Ohren Töne der Alleinvertretungsansprüche

und der Revandgeleise aus der westdeutschen Bundesrepublik immer lauter zu ertönen. Aus diesem Grund ist es von besonders großer Bedeutung, daß durch das Staatsbürgerschaftsgesetz deutlich zum Ausdruck gebracht wird:

„Unser Staat ist die Deutsche Demokratische Republik. Wir sind stolz darauf, in diesem Staat zu leben und bei der Verwirklichung des Sozialismus auf allen Gebieten mitarbeiten zu dürfen.“

Dr. oec. Bernhard Blumenthal, Dozent am Institut für Ökonomie des Maschinenbaus; Stadtverordneter:

Das von der Volkskammer beschlossene Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR trägt juristisch einen Teilbestand Rechnung, der sich bereits mit der Gründung unserer Republik am 7. Oktober 1949 ergeben hatte. Die historische Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten schließt diese Konsequenz zwangsläufig mit ein. Der Übergang zum Begriff der Staatsbürgerschaft bringt deutlich zum Ausdruck, welche veränderte Stellung der Bürger in unserem sozialistischen Staat hat, seine aktive, mitgestaltende Rolle, seine Rechte, die er mit Stolz wahrnimmt, und seine Pflichten, die er freudig erfüllt.

Ich begrüße es besonders, daß die Regierung der DDR mit diesem Gesetz wiederum, wie zum Beispiel auch mit dem Gesetz zum Schutz der Staatsbürger- und Menschenrechte, eindeutig dem irrealen Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Bundesregierung Paroli bietet und damit allen Versuchen entgegentritt, die westdeutsche Gerichtsbarkeit auf das Gebiet der DDR auszuweiten und Gesetze der Bundesrepublik gegen Bürger der DDR anzuwenden. Wie jeder souveräne Staat, so betrachtet es auch die DDR als ihr besonderes Anliegen, den Schutz ihrer Bürger im In- und Ausland wahrzunehmen. Denjenigen Kreisen in Westdeutschland, die das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten und die Augen vor den Realitäten verschließen, zeigt das Staatsbürgerschaftsgesetz zum wiederholten Male eindeutig die Grenzen ihrer Macht.

Mitteilung über die HPL-Sitzung vom 16. Februar

Die Hochschulparteileitung beschloß sich in ihrer Beratung vom 16. Februar unter anderem mit der Vorbereitung des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution, mit dem Stand und der weiteren Entwicklung der Kulturarbeit, des Studentenwetstreites sowie mit der Vorbereitung der Frauenkonferenz.

In einem ersten Tagungsanhangspunkt besetzt die Hochschulparteileitung die Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Ein hierzu vorliegender Plan der

Hochschule wurde bestätigt. (Wir berichten darüber noch ausführlicher.)

Nach einem Bericht über den Stand der Kulturarbeit nahm die HPL zu den kulturpolitischen Aufgaben an der Hochschule Stellung. Die Aussprache ergab, daß es vor allem notwendig ist, die Kulturarbeit besser zu leisten und perspektivisch zu planen. Besonders Aufmerksamkeit muß der Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der Studenten geschenkt werden. Die Hochschulparteileitung empfahl, eine Senatskommission für Kulturarbeit zu schaffen.

Zur Entwicklung des Studentenwetstreites berichtete Genosse Prof. Dr. Winkler, Vorsitzender der Senatskommission für den Stu-

dentenwetstreit. In der Diskussion hob die HPL hervor, daß der Bestand der Studiums werden und beitragen muß, das gesamte Leistungsniveau zu heben. Der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Studenten und der Durchführung der Leistungsbeurteilung der Studenten und jungen Wissenschaftlern, ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die HPL unterstrich die Notwendigkeit, dabei die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den staatlichen Leistungen, allen Hochschulbehörden und den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere mit der FDJ, sowie zwischen den Fachinstituten und Grundlagenfakultäten zu entwickeln.

Die Hochschulparteileitung

stellte fest, daß die Senatskommission bereits eine fruchtbare Arbeit geleistet hat und empfahl eine Grundkonzeption für die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit der Studenten zu erarbeiten.

In der Beratung über die Vorbereitung der bevorstehenden Frauenkonferenz unserer TH wurde auf ihre Aufgabe hingewiesen, die vor allem darin besteht, beizutragen, daß insbesondere alle Leistungen ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur besonderen Förderung der Frauen und Mädchen besser gerecht werden und sie verbindliche Maßnahmen zur Entlastung ihrer schöpferischen Kräfte treffen. Es wurden Vorschläge der Arbeitsgruppen der HPL zur Ausarbeitung eines Perspektivplanes zur Förderung der Frauen und Mädchen bestätigt.